

Die Haltung des RSB/IV.Internationale zur Linkspartei



DIE LINKE. PDS

Praktische Aktionseinheit und solidarische Kritik



Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale

Titel:	Die Haltung des RSB/IV. Internationale zur Linkspartei: Praktische Aktionseinheit und solidarische Kritik.
Herausgeber:	Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB), Sektion der IV. Internationale in Deutschland, Oktober 2005
V.i.S.d.P	Peter Kreitz
Layout:	Tom Bogen
Bestellungen:	Gerlef Gleiss, Pinnasberg 27, 20359 Hamburg Tel/Fax: 040 - 3 44 571, E-Mail: g.gleiss@imparkhaus.de Je Exemplar 1 Euro
Überweisungen:	Gerlef Gleiss; KtoNr.: 250 183 202, Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20; Vermerk: Broschüre Linkspartei
Kontakt zum RSB:	RSB Bundesbüro Landzungenstraße 8 68159 Mannheim Web: www.rsb4.de E-Mail: buero@rsb4.de

Einleitung

Die nachfolgenden Texte wurden im Verlauf der letzten Monate geschrieben und behandeln unterschiedliche Gesichtspunkte der Entwicklung der Linkspartei. Manchmal taucht die eine oder andere Beobachtung an zwei oder drei Stellen auf, was inhaltlich nicht verwundern sollte. Wir haben die Artikel nicht im Nachhinein kürzen wollen. Der Fluss der jeweiligen Überlegung sollte erhalten bleiben. Das Datum unter jedem Artikel soll deutlich machen, dass sie in manchen Details ganz selbstredend in ihrer Zeit zu verstehen sind. Die Artikel folgen in umgekehrter zeitlicher Reihenfolge.

Die in den Artikeln zum Ausdruck kommende Kritik beschreibt nur eine Seite unseres Verhältnisses zur *Linkspartei.PDS*. Nicht dargestellt wird in dieser Broschüre die Zusammenarbeit, wie wir sie an den verschiedensten Orten z.B. innerhalb der Gewerkschaften und bei den Protesten gegen Hartz IV mit der *Linkspartei.PDS* bzw. mit ihren Mitgliedern praktizieren.

INHALTSVERZEICHNIS

Die Haltung des RSB/IV.Internationale zur Linkspartei: Praktische Aktionseinheit und solidarische Kritik	4
Linkspartei, SPD und Gewerkschaften Mit den Gewerkschaftsvorständen Englisch sprechen?	8
APO oder Linkspartei?	10
Was wir uns von der Linkspartei erwarten – und was nicht!	15
Der Schatten Oskar Lafontaines	19
Der Fahrplan	22
Oskar Lafontaine als Wegbereiter des Neoliberalismus	24
Die sozialistische Linke und die Wahlalternative	26
Die Wahlalternative oder das Ende der Klasse?	28

Die Haltung des RSB/IV.Internationale zur Linkspartei:

Praktische Aktionseinheit und solidarische Kritik



Das faktische Zusammengehen von PDS und WASG wie auch der Einzug der *Linkspartei.PDS* in den Bundestag haben ohne jeden Zweifel die parteipolitische Landschaft in der BRD grundlegend verändert. Auch über die Wahlebene hinaus ist durch diesen Prozess etwas in Bewegung gekommen.

Vor allem die Diskussionen über Hartz IV und über die Reformen, die alle etablierten Parteien für so unabdingbar halten, sind erneut aufgebrochen. Bedeutend mehr Menschen als nur die radikale Linke oder nur die von Hartz IV Betroffenen lehnen die Reformpolitik überhaupt ab. Viele davon haben keine klare Vorstellung anderer „Lösungen“. Aber erstmals seit vielen Jahren wird auch von einem nennenswerten Teil der Bevölkerung über Alternativen zum Neoliberalismus nachgedacht.

Dieser Prozess der Bewussterwerden findet in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen statt. Er erfasst auch Menschen, die bisher wenig politisch interessiert waren. Für uns als revolutionäre SozialistInnen ist es in jedem Fall erfreulich, wenn im Rahmen dieser neu aufbrechenden Diskussionen, der Informationen und Argumente, die von der Linkspartei jetzt massiver verbreitet werden können, linkes Gedankengut in breiteren Kreisen bekannt wird.

Aufgrund der gemeinsamen Ziele – zumindest auf der Ebene der Ablehnung neoliberaler Politik – halten wir die Diskussion mit den Mitgliedern der Linkspartei für sinnvoll und an vielen Stellen auch für fruchtbar. Im Vordergrund steht für uns dabei allerdings das Bestreben, in gemeinsame Aktionen zu treten. Dort wird sich letztlich erweisen, wo wir gemeinsam wirken können und wo nicht.

Auf der anderen Seite sehen wir auch, wie mit der Verbreitung der Positionen der Linkspartei so manche Illusion in die Vereinbarkeit von Arbeiterinteressen und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems einhergeht. Gerade die Vorstellung, über die Parlamente Grundlegendes verändern zu können, erscheint uns im Lichte der Geschichte und aller Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung als Irrglaube. Er kann über kurz oder lang zu viel Frust, Enttäuschung und Abwendung von jeglicher politischer Betätigung führen.

Mit der *Linkspartei.PDS* die praktische Zusammenarbeit in der außerparlamentarischen Bewegung zu suchen und sich gleichzeitig solidarisch-kritisch mit ihren Positionen auseinanderzusetzen, erscheint uns als ein Gebot der Stunde. Dabei haben wir vor allem folgende Fragestellungen im Auge, die wir für die mögliche Einflussnahme auf die tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als zentral ansehen:

1. Wie stehen kritische Kolleginnen in Betrieb und Verwaltung zur Linkspartei?

Ohne Veränderungen im Bewusstsein, in der Kampfkraft und Entschlossenheit der potentiell Streikfähigen sind keine größeren Angriffe von Kabinett und Kapital abzuwehren, geschweige denn eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erreichen. Die zukünftige politische Diskussion in den Werkstätten und Büros erfolgt vor dem Hintergrund, dass nur in recht beschränkten Kreisen der ArbeiterInnenklasse Klassenbewusstsein existiert, auf jeden Fall in keinem nennenswerten Maße ein sozialistisches.

Klassenbewusstsein ist aber die Voraussetzung, um die Manöver der verschiedenen Fraktionen der Herrschenden durchschauen und einordnen zu können. Wer konsequent vor Jahrzehnten erkämpfte soziale Errungenschaften verteidigen und Gegenkonzepte zu den Plänen von Kabinett und Kapital entwickeln will, muss auch eine klare Vorstellung von einer gesellschaftlichen Alternative haben. Diese Feststellung verweist sofort auf die begrenzte Bedeutung des Einzugs in den Bundestag.

Aber wir wollen auch das Neue nicht übersehen: Im Gegensatz zum Entstehen der Grünen definiert sich die neue Formation als eine links stehende Partei. Ihr Klassencharakter wird zwar vom geschriebenen Programm her und über so manche Stellungnahme ihrer Parteiführer in Frage gestellt, aber die dem Neoliberalismus gegenüber kritischen KollegInnen im Betrieb betrachten die *Linkspartei.PDS* als eine Partei an der Seite der „Arbeitenden“ und der Armen.

Entscheidend nun ist: Die überwältigende Mehrheit dieser WählerInnen und erst recht der KollegInnen insgesamt sehen die *Linkspartei* in erster Linie als einen Teil der „Volksvertretung“, d. h. als eine Partei, die mensch wählen

kann „und damit hat es sich.“ Sie kann, darf oder soll (je nach Einstellung dieser KollegInnen) im Parlament wirken, die Stimme für die Armen erheben, Opposition betreiben, die neoliberale Politik anprangern usw. Aber als eine Partei, die schwerpunktmäßig den Widerstand im Betrieb und auf der Straße stärken und organisieren hilft, wird sie von den allerwenigsten KollegInnen begriffen.

Dass es nur wenige ArbeiterInnen und Angestellte gibt, die sich – wenn sie nicht sowieso schon SozialistInnen bzw. radikale Linke sind – heute in der *Linkspartei.PDS* selbst organisieren wollen, sollte niemand verwundern. Dafür ist die neue Formation auch erst seit kurzer Zeit in das Blickfeld gerückt. Aber in welcher Form wird diese Partei wahrgenommen? Worin sehen die KollegInnen die Existenzberechtigung und den Zweck dieser Partei? Hier ist die Antwort leider mehr als sonnenklar. Sie wird als eine im Wesentlichen auf Parlamentsarbeit ausgerichtete Partei verstanden. Eine Partei, die sich „bei einer geänderten SPD“ auch der Verantwortung, sprich der Regierungsbeteiligung, nicht entziehen will, hat zwangsläufig andere Sorgen als eine Partei, die genau das ablehnt. Wohin die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung führt, sehen wir ja in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern.

Die zu erwartenden Wahlerfolge werden erst recht den Schwerpunkt der „Existenzberechtigung“ und die tatsächlichen Aktivitäten und Ressourcen auf die Parlamentsarbeit festlegen.

Sicher wird die Partei weiterhin „gute Beziehungen“ zur außerparlamentarischen Bewegung suchen und deren Unterstützung anstreben. Aber das Auseinanderklaffen von konsequenter gewerkschaftlicher Politik und der Politik des „rot-roten Senats“ in Berlin hat schon deutlich werden lassen, in welche Richtung die *Linkspartei.PDS* im Zweifelsfall ihre Entscheidungen fällt: in Richtung Fortführung der Regierungsbeteiligung.

Die Linkspartei wird im Rahmen dieser Gesamtorientierung und erst recht nach den zu erwartenden weiteren Wahlerfolgen (in allen Landtagen und tausenden von Kommunalparlamenten) eine Partei vor allem und ganz besonders von Menschen werden, die entweder gerne selbst „Abgeordnete“ sein möchten oder sich zumindest als notwendige ZuarbeiterInnen der Abgeordneten sehen.

Zu einer „Kampfpartei“ im Betrieb und auf der Straße, die dem Klassenkampf von oben den Klassenkampf von unten entgegensetzt, kann die Partei von Gysi-Lafontaine-Bischoff-Ernst so ganz bestimmt nicht werden. Hinzu kommt, dass nicht unbedeutende Kräfte der Neu-Mitglieder und SpitzenkandidatInnen über Jahrzehnte in der SPD und im ganz normalen bürgerlichen Wahlkampf- und Parlamentsbetrieb groß geworden sind. Ohne einen massiven Ausbruch von Arbeitskämpfen werden sich solche Kräfte ganz bestimmt nicht umorientieren. Da können sich die paar hundert Linksradiكالen, die in die WASG eingetreten waren, noch so abmühen. Ihre Worte haben gegenüber diesen Traditionen und Realitäten einfach kein Gewicht.

2. Warum hoffen viele linke hauptamtliche GewerkschafterInnen auf die Linkspartei?

Für eine ganze Reihe von hauptamtlichen GewerkschaftsfunktionärInnen – zumindest soweit sie gewerkschaftliche Gegenmachtpositionen unterstützen – sieht die Lage etwas anders aus. Vielen von ihnen war es in den letzten Jahren mit der zunehmenden Rechtsentwicklung der Gewerkschaftsführungen sehr unwohl geworden. Zu einem organisierten Kampf für eine andere Linie konnten sie sich nicht entschließen. Im Aufbau und in der massiven



Unterstützung der *Linkspartei.PDS* sehen sie eine doppelte Chance:

- Zum einen kann die immer noch relativ enge Bindung der Gewerkschaftsapparate an die SPD aufgebrochen werden oder zumindest die politische Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der SPD durchgesetzt werden. Damit entsteht die Möglichkeit, dass tatsächlich verschiedene parteipolitische Richtungen innerhalb der Gewerkschaft auch offen und ohne Sanktionsgefahr auftreten können.
- Zum anderen hoffen viele linke gewerkschaftliche Hauptamtliche, dass eine starke Linkspartei "im politischen Raum", d.h. im Parlament, das abbiegen kann, was die Gewerkschaften nicht verhindern konnten.

Aus diesen Gründen sind GewerkschaftsfunktionärInnen (zumindest was den WASG-Bestandteil angeht) überdurchschnittlich stark in der Linkspartei vertreten. Auch hierbei mischt sich Positives mit Negativem, denn die Gefahr besteht, dass KollegInnen, die in bestimmten Fällen für den Aufbau einer klassenkämpferischen Linken in den Gewerkschaften zu gewinnen wären, ihre Kraft in den Aufbau einer ganz und gar parlamentaristischen Partei stecken. Sicherlich sind diese KollegInnen nicht für eine Politik aktiver Gegenwehr verloren, aber sie fehlen erst einmal im organisierten Kampf um eine Veränderung der Gewerkschaften.

3. Ehemalige SPD-Mitglieder und Noch-PDS-Mitglieder in der Linkspartei

Hier muss grundlegend zwischen Alt- und Neumitgliedern unterschieden werden, weil große Teile der Altmitgliedschaft sich anders als die Neumitglieder positionieren.

Für den größten Teil der Neumitglieder aus der SPD gilt, dass sie SozialdemokratInnen geblieben sind. Es soll aber nicht übersehen werden, dass sie zum ersten Mal seit ihrer Juso-Phase wieder hautnah mit sozialistischen Positionen konfrontiert werden. Manche dieser Neumitglieder gehen nach links. Für einige öffnen sich neue Horizonte, aber leider bleibt dies auf der allgemeinsten Ebene des (bürgerlichen) Sozialismusbegriffs stehen. Denn: Anknüpfungspunkt ist nicht der Klassenkampf, die Eigenaktivität der ArbeiterInnenklasse oder die System sprengende Dynamik



Mit einem Probeabao der Avanti bekommst Du mehr als nur ein bisschen Kapitalismuskritik.

Die marxistische Monatszeitung

Jetzt kostenloses Probeabo anfordern!

www.rsb4.de/abo
3 Ausgaben. Keine automatische Verlängerung.

avanti@rsb4.de
Landzungenstr. 8, 68159 Mannheim

Was ist los im Betrieb, in der Gewerkschaft und auf der Straße? Berichte dazu, Analysen und noch mehr liest Du in der Avanti! Im Zentrum der Avanti steht die weltweite Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Regierungen.

konsequenter Interessenpolitik.

Ein Großteil des Apparats der PDS, also des bestimmten Teils der *Linkspartei.PDS*, passt sich den sozialdemokratischen Vorstellungen der WASG-MacherInnen an und bemüht sich noch intensiver als vorher, einen „Politikwechsel“ über eine Regierungsbeteiligung zu erreichen. Leider ist bereits schon nach wenigen Monaten des faktischen Zusammengehens von WASG und PDS zu beobachten, dass sich die PDS an die sozialdemokratischen Politikvorstellungen der 70er Jahre anpasst.

4. Finden RevolutionärInnen einen Platz in der Linkspartei?

Sicherlich können in der Linkspartei in begrenztem Maße linkssozialistische und sogar revolutionäre Elemente wirken. Sie mögen hier oder da einige Menschen mit „neuen“ Vorstellungen vertraut machen. Aber ihre Argumente werden – angesichts der Kräfteverhältnisse und der Besetzung der Machtpositionen in der Partei – kaum auf fruchtbaren Boden fallen.

Zur Taktik des Entrismus, des Eintritts von RevolutionärInnen in eine reformistische Formation, haben wir eine sehr kritische Haltung (siehe dazu den Kasten in dem Artikel „Was wir uns von der Linkspartei erwarten und was nicht“). Letztlich hat das Aufgehen so mancher linksradika-

ler Gruppen in den Grünen nicht gerade zur Stärkung systemkritischer Positionen oder zum Aufbau einer radikalen, sozialistischen Kraft beigetragen.

Wir werden diese Entwicklung in und um die Linkspartei verfolgen und, wo dies möglich ist, auch die politische Auseinandersetzung suchen. Voraussetzung für eine solidarische Kritik ist für uns die praktische Zusammenarbeit bei den nächsten Schritten im Kampf gegen die neoliberale Offensive des Kapitals und seiner Regierung.

Heute – wenige Wochen nach der Bundestagswahl – legen wir dazu eine erste Textsammlung vor, die für Interessierte eine Grundlage für intensivere Diskussionen sein könnte und sein sollte.

Daniel Berger, 23. September 2005



Linkspartei, SPD und Gewerkschaften Mit den Gewerkschaftsvorständen *Englisch* sprechen?

Über 1600 GewerkschafterInnen hatten vor der Bundestagswahl einen Wahlauftrag für die Linkspartei unterschrieben. Entsteht eine anti-neoliberale Strömung, die ähnlich wie in England die kämpferische Richtung in den Gewerkschaften verstärkt?

Die über 1600 UnterzeichnerInnen sind meist Vertrauensleute, Betriebsräte und manche hauptamtliche GewerkschafterInnen. Der Auftrag bewegt sich im Rahmen der allgemeinen Politik der *Linkspartei.PDS*. Ohne unsere Kritik zu wiederholen, fällt auf, dass die Forderungen zum Mindestlohn und zur Arbeitszeitverkürzung nicht konkretisiert werden. So liegt die Bedeutung des Auftrages nicht in den erhobenen Forderungen, sondern im Bekenntnis zur anti-neoliberalen Kritik und zu einer Partei links von der SPD.

Zum ersten Mal seit der Nachkriegsperiode entsteht eine Situation, wo eine Partei links von der SPD in Betrieben und Gewerkschaften Fuß fassen kann. Manche Gewerkschaftsmitglieder sehen in der *Linkspartei.PDS* eine politische Alternative; Hauptamtliche steigen als Parteifunktionäre ein. Eine breite Debatte um die Bewertung der Politik der SPD-Regierung, die Diskussion unterschiedlicher Linien – hier Neoliberalismus, dort Anti-Neoliberalismus und manchmal

auch Antikapitalismus – ist in vielen Belegschaften, unter Vertrauensleuten, Betriebsräten und gewerkschaftlichen Hauptamtlichen losgetreten worden.

Missverständnisse über die Einheitsgewerkschaft

Seit dem Niedergang der KPD Anfangs der 1950er Jahre durch staatliche Verfolgung und stalinistische Selbstisolation wirkte die SPD als einzige Partei in den Gewerkschaften. Als Feigenblatt für den Pluralismus der Einheitsgewerkschaft mussten einige CDA-Funktionäre herhalten. Tatsächlich handelt(e) es sich um sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften, deren Vorstände mit der SPD engstens verflochten waren. Voraussetzung für eine hauptamtliche Karriere war das SPD-Parteibuch. Je unangefochtener die Stellung der SPD in den Gewerkschaften wurde, desto weniger offen musste sie dort als Partei auftreten.

Anfang der 70er Jahre neigten einige GewerkschafterInnen zu einem militanten Syndikalismus, der bei Abwesenheit einer starken Partei links von der SPD, die Gewerkschaften in eine Art linke Ersatzpartei verwandeln wollte. Die meisten GewerkschaftsaktivistInnen sahen die Einheitsgewerkschaften nicht als Vereinigung der Mitglieder und AnhängerInnen verschiedener Parteien an, sondern verstanden unter Einheitsgewerkschaft *die Abwe-*



senheit von Parteien überhaupt. Dieses Missverständnis, das tatsächlich die Position der SPD unangefochten lässt, ist bis heute in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften weit verbreitet. Es wird von deren Bürokratie gehegt und gepflegt.

Neoliberalismus und Tolerierungspolitik

Die neoliberale Strömung in den Gewerkschaften (z.B. IGBCE) unterstützte aus Überzeugung die Reformen der SPD-Regierung. Die allermeisten der über 1600 GewerkschafterInnen, die für die Linkspartei.PDS aufriefen, sind aber nicht Mitglied in der IGBCE, sondern von verdi und der IG Metall. Dort ist es relativ leicht, sich offen anti-neoliberal zu positionieren, da sich die Vorsitzenden der beiden großen Gewerkschaften selber einer anti-neoliberalen Rhetorik bedienen. Tatsächlich duldeten Peters und Bsirske aber die Regierungspolitik, wie die Montagsdemonstrationen gezeigt haben. Hätten die Gewerkschaften die Proteste auf den Straßen massiv unterstützt, dann wäre Hartz IV nicht so einfach durchgekommen oder hätte sogar gekippt werden können. Muss sich eine anti-neoliberale Opposition in der IGBCE erst bilden, so kann sie innerhalb der IG Metall vielleicht demnächst eine Mehrheit der neoliberalen Huber-Fraktion verhindern.

Beispiel England?

Eine Abwahl von neoliberalen Gewerkschaftsvorständen bzw. -Vorsitzenden, um sie durch kämpferische Spitzen zu ersetzen, wie sie in bisher rund dreißig Gewerkschaften in England stattgefunden hat, ist nicht einfach auf die bundesrepublikanischen Gewerkschaften zu übertragen. Jedoch wäre es ein wichtiger Schritt zu einer kämpferischen Gewerkschaftsbewegung, wenn die 1600 GewerkschafterInnen auch die Tolerierungspolitik der Verdi- und

IGM-Vorstände kritisieren würden. Dafür gilt es zunächst den Einfluss der Gewerkschaftslinken auf diejenigen auszuweiten, die zur Wahl der Linkspartei aufgerufen haben. Hierbei könnte die *Linkspartei.PDS* eine positive Rolle spielen, indem sie die Informationen der Gewerkschaftslinken an die o.g. über 1600 GewerkschafterInnen regelmäßig weiterleitet. Politisch ist der neoliberalen Orientierung einiger Gewerkschaftsvorstände *und* der Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung bzw. des kampflosen Nachgebens gegenüber den Kapitalinteressen der offene Kampf anzusagen.

Innerhalb der Gewerkschaften meiden die meisten Hauptamtlichen, die in der Linkspartei Funktionen besitzen, den Konflikt mit dem bürokratischen Apparat, dessen Teil sie sind. Auch das Linkspartei-Duo Gysi und Lafontaine sucht die enge Zusammenarbeit mit Peters und Bsirske, nicht etwa deren Ablösung. Doch unter dem Druck der Krise werden sich mehr und mehr GewerkschafterInnen finden, die nicht mehr bereit sind, Tarifaufstieg, Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen sprach- und kritiklos hinzunehmen.

Die Aufgaben der Linken

Nicht nur die revolutionären SozialistInnen, sondern die ganze Linke steht innerhalb der Gewerkschaften vor drei Aufgaben:

- Jeden Schritt zum Aufbau eines breiten anti-neoliberalen Flügels in den Gewerkschaften zu unterstützen.
- Die Kritik auf die Tolerierung der neoliberalen Regierung in verdi und IG Metall auszudehnen.
- Die anti-neoliberale Kritik in eine Kapitalismuskritik zu verwandeln.

B.B. 19. September 2005

APO oder Linkspartei?*

Unverkennbar hat die öffentliche Debatte um Hartz IV die soziale Frage wieder in den Vordergrund gerückt und Schichten der ArbeiterInnenklasse in ihrer Ablehnung des Neoliberalismus bestärkt. Die Linkspartei ist der parteipolitische Ausdruck davon, dass der Neoliberalismus seinen ideologischen Höhepunkt in der BRD überschritten hat. Sicherlich macht es das Leben erträglicher, wenn zukünftig nicht mehr 99% neoliberaler Schrott in den Medien verbreitet werden sollte, sondern nur noch 90%. Aber der Klassenkampf von oben wird nach der Bundestagswahl weitergehen.

In Hunderten von Betrieben wurden vor der Bundestagswahl die Arbeitszeiten verlängert und die Löhne gesenkt, die Produktion teilweise ins Ausland verlagert oder ganz dicht gemacht; in Hunderten von Betrieben wird dies nach den Bundestagswahlen weitergehen. Daran ändern auch das Abschneiden der Linkspartei bei den Wahlen und ihr Einzug in den Bundestag nichts. Die Offensive des Kapitals ist nur durch „die Selbsttätigkeit der ArbeiterInnenklasse“ (eine beliebte Formulierung Ernest Mandels) – also Widerstand in den Betrieben, Streiks, Großdemonstrationen auf den Straßen usw. – zu stoppen, nicht aber im Parlament. Eine Debatte unter revolutionären SozialistInnen kann eigentlich nur um die Frage gehen: Ist die entstehende Linkspartei in eine sozialistische Kampfpartei zu verwandeln, die bewusst den Klassenkampf von unten organisiert und einen außerparlamentarischen Schwerpunkt setzt oder nicht?

1. Klassenkampf und Linkspartei

Das Entstehen der Linkspartei fällt nicht in eine Aufschwungphase der ArbeiterInnenbewegung in der BRD, sondern steht unter dem Zeichen des Rückgangs der Klassenbewegung, mindestens was den gewerkschaftlich organisierten Teil angeht. Die Lohnabhängigen haben mit dem ostdeutschen Metallstreik, dem Dammbbruch bei Siemens (Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich) und

* Der Artikel ist der Nummer 406/407 (Sep./Okt. 2005) der Inprekorr entnommen.

DaimlerChrysler (Tarifvertrag für „Dienstleister“) und der Tarifflicht unter dem Berliner SPD-PDS-Senat oder etwa mit der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst vom Februar 2005 bedeutende Rückschläge im Klassenkampf hinnehmen müssen. Offener betrieblicher Widerstand wie bei Opel Bochum, DC Mettingen und Alstom Mannheim bleiben eher Ausnahmen und sind leider nicht kennzeichnend für die generelle Lage. Auch die Protestbewegung gegen Hartz IV konnte die Reform nicht verhindern.

Die schmale Schicht der klassenbewussten KollegInnen in den Betrieben brauchte nicht erst die Linkspartei, um gegen den Neoliberalismus zu opponieren. Das hat sie schon früher getan. Aber ein Teil der ArbeiterInnenvorhut sieht sich von der Offensive des Kapitals überrollt, auch weil die Gewerkschaften häufig nicht als Abwehrinstrument erlebt werden. Diese Vorhutelemente setzen ihre Hoffnungen auf die Linkspartei, die *stellvertretend für sie* die neoliberale Offensive im Parlament stoppen soll. Für andere, noch nicht klassenbewusste Lohnabhängige drückt die Wahl der Linkspartei sicherlich in den meisten Fällen eine erste Opposition gegen neoliberale Politik aus.

Auch auf der Ebene der Parteipolitik ist die erfolgreiche Gründung der Linkspartei nicht Ausdruck einer generellen Linksentwicklung. Vielmehr ist das ganze Parteienspektrum seit über einem Jahrzehnt nach rechts gerückt. Sichtbarster Ausdruck davon war der Weg der Sozialdemokratie, die sich seit Mitte der 90er Jahre unter der Führung ihres ehemaligen Vorsitzenden Oskar Lafontaine von einer sozialliberalen in eine neoliberale Partei verwandelte. Später bildeten SPD und Grüne, CDU/CSU und FDP, Unternehmerverbände und bürgerliche Medien eine Große Koalition des Neoliberalismus. Ihr gehören auch Teile der Gewerkschaftsbürokratie und die *Linkspartei.PDS* in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern an. Den verwaisten Platz des Sozialliberalismus im Parteienspektrum nahm dann die WASG ein. Ihr Kern aus ehemaligen SPD-Mitgliedern ging nicht nach links, sondern blieb alten sozialliberalen Positionen verhaftet. Innerhalb der SPD waren diese Mitglieder bereits politisch so isoliert, dass sich nicht einmal ein Kollektiv bildete und abspaltete, sondern sie wie Lafontaine einzeln austraten.

2. Der Charakter der Linkspartei

Die Linkspartei wird nicht irgendwann auf einem Vereini-

gungskongress von PDS und WASG aus der Taufe gehoben. Sie ist bereits in voller Gestalt als *Linkspartei.PDS* auf die Welt gekommen. Programmatik und Strategie werden nicht basisdemokratisch in zukünftigen Debatten entwickelt. Sie wurden fertig und ungefragt von den Vorläufern übernommen. Ihrer Organisation droht nicht in fernen Jahren die Gefahr der Bürokratisierung. Sie wird bereits von einer Bürokratie beherrscht. Die Linkspartei wird nicht irgendwann in bürgerliche Regierungen eintreten. Sie sitzt als *Linkspartei.PDS* bereits in zwei neoliberalen Landesregierungen. Die Linkspartei führt keine betrieblichen Abwehrkämpfe. Sie eilt von einem Wahlerfolg zum nächsten. Mit einem Wort: Die Linkspartei ist, was sie heute ist. Ohne den Ausbruch offener Klassenkämpfe wird sie auch nichts anderes werden.

Aber die Linkspartei ist kein Monolith. Das Verhältnis ihrer internen Strömungen ist nicht festgemauert und noch für manche Überraschung gut. Die Linkspartei besteht aus mindestens fünf unterschiedlichen Bestandteilen. Zu den drei größeren gehören: Die PDS-Mehrheit mit einer vagen sozialistischen Vision und einem durchstrukturierten Apparat; die WASG-Mehrheit ohne konkrete Utopie aber mit der Praxis ihrer hauptamtlichen GewerkschafterInnen. Die dritte große Strömung um Oskar Lafontaine kritisiert den Neoliberalismus *von links und rechts*. Diese gefährlichste aller politischen Mixturen hat in der Linkspartei den größten Zulauf. *Sie ist ein Sprengsatz für die Linkspartei*¹. Neben den drei großen Strömungen, gibt es noch zwei kleinere: Eine Minderheitsfraktion in der PDS, die sich nicht auf den Partei-, sondern auf den Staatsapparat, d.h. auf Regierungsbeteiligungen, stützt. Sie wird von der PDS-Mehrheit gestützt. Und schließlich existiert eine fünfte, sozialistisch-kommunistische Strömung, die wegen ihrer Uneinheitlichkeit eigentlich keine ist: Zu den LinksozialistInnen zählen SAV, *Linksruck* und *isl*; zu den StalinistInnen und ex-StalinistInnen die KPF, die DKP und die DIFD.

Die Sozialliberalen der WASG-Mehrheit, die neoliberale Ministerriege der PDS-Minderheit und die PopulistInnen um Lafontaine sind vollkommen bürgerlich. Sie machen weder eine Klassenpolitik noch haben sie ein sozialistisches Ziel. Dagegen hat die PDS-Mehrheitsströmung einen Doppelcharakter, insoweit sie noch für eine sozialistische Gesellschaft eintritt. Und wie soll mensch diejenigen linkssozialistischen Gruppierungen charakterisieren, die, wie der

12 APO oder Linkspartei

LINKSPARTEI: KRITIK UND AKTIONSEINHEIT.

Linksruck, aus taktischen Gründen auf das offene Eintreten für revolutionäre Ziele und Mittel verzichten?

Die drei klassischen Begriffe zur Analyse der ArbeiterInnenbewegung *Reformismus*, *Zentrismus* und *revolutionärer Marxismus* passen scheinbar nicht auf die Linkspartei. Sie taugen nicht etwa deswegen nicht, weil sie hoffnungslos veraltet und historisch überholt wären. Die Einteilung macht wenig Sinn, weil sie nur zwei Strömungen der Linkspartei erfassen kann: die PDS-Mehrheitsströmung (vielleicht auch noch die DKP und KPF) als *reformistisch* und einige Organisationen der fünften Strömung als *zentristisch*. Sozialliberalismus, Neoliberalismus und Populismus, sind zwar in der Linkspartei stark präsent, aber Strömungen außerhalb der ArbeiterInnenbewegung.

Ob mensch dem hier Gesagten zustimmt oder nicht, die Schlussfolgerung daraus dürfte kaum zu bestreiten sein: Aus der Vereinigung von Populismus, Sozialliberalismus, Neoliberalismus, Reformismus und einem zahnlosen Zentrismus, der nicht einmal offen für Klassenkampf und Sozialismus eintritt, wird keine neue linkssozialistische Partei entstehen.

Aus all dem folgt: Die kritische Sicht der Linkspartei ergibt sich nicht aus der Kritik einzelner Schwächen, so skandalös einige ihrer Positionierungen, etwa das Runterkochen der Forderung nach einem Mindestlohn auch sind. Der Charakter dieser Partei liegt sowohl in ihrer bürokratischen Struktur wie in der politisch-programmatischen Gesamtausrichtung. Die Triebfeder des Handelns ihrer Macher (und wenigen Macherinnen) – also der Lafontaines, Gysis, Ernsts, Bischoffs und anderer InitiatorInnen, die das Heft fest in der Hand haben – ist grundsätzlich gerade keine antikapitalistische Einstellung. Vor allem der gut funktionierende Apparat der PDS sowie die Erfahrung der hauptamtlichen GewerkschaftsfunktionärInnen aus der WASG werden dafür sorgen, dass hier so schnell kein Versehen eintritt. Sie kontrollieren die Linkspartei in ihrem Sinne. Die Partei sucht eine parlamentaristische Lösung für eine parteipolitisch frei gewordene Stelle anzubieten, so wie der Keynesianismus eine theoretische Antwort auf die Krise des Systems geben will. Sie ist nicht Ausdruck einer sich radikalisierenden ArbeiterInnenschicht, die damit den Charakter der Partei noch offen halten würde. Die sich in der Linkspartei organisierenden KollegInnen aus den Betrieben haben keinen Einfluss auf das Profil der Partei. Wer etwas anderes

behauptet macht sich und anderen was vor.

3. Die Erfolgsmöglichkeiten der Linkspartei

Das heißt nicht, dass die Linkspartei zur Erfolglosigkeit verurteilt wäre. Im Gegenteil: In den kommenden fünf Jahren wird sie von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilen. Ob Landtagswahl, ob Kommunalwahl – bei allen Wahlen werden Mitglieder der Linkspartei mit hohen Stimmenergebnissen und Fraktionsstärke in die Parlamente einziehen. Der Grund ist einfach: Weil die SPD den Platz des Sozialliberalismus geräumt hat, ist der gesellschaftliche Raum für eine sozialliberale Partei vorhanden. Den füllt nun die neue Linkspartei aus. Mit den Wahlerfolgen regnet es Staatsknete. Eine Vielzahl von Parlamentssitzen ist zu besetzen, hauptamtliche Stellen in Fraktionen und Partei zu vergeben, Stiftungsgelder zu verteilen usw.. Das dürften in den nächsten fünf Jahren allein in Westdeutschland mehr Mandate sein, als die PDS und die WASG dort bis vor kurzem Mitglieder zählten. Mit Geld und Erfolg wird die Linkspartei sozial eine Schicht von KarrieristInnen anziehen und politisch vor die Frage der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene gestellt. Über die Rutschbahn des Parlamentarismus verschmelzen Karrierismus und Staatsintegration mit dem Parteiapparat. Das Gerangel um Macht, Karriere und Geld wird die neue Partei sicherlich mehr prägen als die programmatischen Diskussionen auf den Parteitag. Die Entwicklung der Grünen und der PDS sind dafür ebenso schlagende Beispiele, wie die PDS-Versammlungen zur Aufstellung der BundestagskandidatInnen.

Immerhin bietet selbst der parlamentarische Sozialliberalismus die Möglichkeit, die Kritik am herrschenden neoliberalen Konsens zu verbreiten. Das erweitert indirekt den Spielraum für eine grundsätzliche Kapitalismuskritik, die die Klassenfrage im besten marxistischen Sinne neu stellt und eine sozialistische Perspektive weist.

4. Linkspartei und Gewerkschaften

Nichts belegt mehr den Umfang der Demoralisierung der Gewerkschaftsbürokratie als ihre Unterstützung für die Linkspartei. Unter dem Eindruck der Offensive des Kapitals setzten die zentralen Gewerkschaftsapparate um Peters und

Bsirke nicht auf die Kraft der eigenen Organisationen, d.h. auf Gegenwehr in Betrieben und auf den Straßen, sondern fördern direkt und indirekt das Parteiprojekt Linkspartei ... um Druck auf die SPD auszuüben. Nur aus diesem Interesse lässt sich erklären, weshalb so viele hauptamtliche GewerkschafterInnen einen beträchtlichen Teil ihrer Aktivitäten ungestört der Linkspartei widmen dürfen. Gleichzeitig dient die Linkspartei der Gewerkschaftsbürokratie als Blitzableiter, um die Kritik, die sich an ihrer Passivität, Demoralisierung und Hilflosigkeit innerhalb der Gewerkschaften entzündet, auf die parlamentarische Ebene zu lenken.

Die Linkspartei verhält sich gegenüber den Gewerkschaften „neutral“. Kaum einer der in der Linkspartei führenden hauptamtlichen GewerkschaftssekretärInnen steht innerhalb der Gewerkschaften in offener Opposition zur Führung. Die Linkspartei teilt nicht nur die gewerkschaftliche Programmatik (Mitbestimmung). Es gilt überhaupt die *klassisch sozialdemokratische Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Partei, wonach die Gewerkschaften für die wirtschaftlichen Belange zuständig sind und die Partei für die große Politik*. Ein Bürokrat haut dem anderen kein Auge aus.

Die „Neutralität“ der Linkspartei gegenüber den Gewerkschaften, hindert deren Bürokratie nicht, in die Belange der Linkspartei zu intervenieren. Ein praktischer Test war der Mindestlohn. Nachdem der Verdi-Vorsitzende Bsirke die

Forderung der Linkspartei nach 1400 Euro gesetzlichem Mindestlohn in der bürgerlichen Presse als „unrealistisch“ heruntermachte, bemühten sich Lafontaine, PDS-Minister Holter und Wahlkampfmanager Ramelow mit Abstrichen an der Forderung der Öffentlichkeit den „Realismus“ der Linkspartei zu beweisen. Dieser Mechanismus ist typisch für die Entwicklung bürgerlicher „Realpolitik“.

5. Staubsaugereffekt

Die westdeutsche Linke ergießt sich in Euphorie über die Linkspartei. Nachdem SozialistInnen in Westdeutschland seit Jahrzehnten bei Wahlen zwischen 0,1% -1,0% der Stimmen erhielten, stehen sie nun vor dem vermeintlichen Durchbruch. Wer will schon sein Licht ewig unter den Scheffel gestellt sehen? In Ostdeutschland, wo die unabhängige sozialistische Linke schon immer viel kleinere Brötchen als die PDS backen musste, ist von einer Begeisterungswelle nichts zu spüren. Mensch sieht jedoch die Chance, „denen oben es mal wieder zu zeigen“.

Die westdeutsche sozialistische Linke steht vor einem gewaltigen Umbruch. Die Erfolge der Linkspartei werden viele andere organisierte Linke anziehen und *alle* linken Aufbauprojekte unter Druck setzen. Wer, wie die MLPD, seinen Mitgliedern „Masseneinfluss“ vormachte und von „Erfolg“ zu „Erfolg“ eilte, kommt durch die Linkspartei und



das amtliche Wahlergebnis in Erklärungsnot.

Da alle trotzkistischen Organisationen außer dem RSB in der Linkspartei arbeiten, noch ein Wort zum Entrismus². Weil die Linkspartei durch und durch auf den Parlamentarismus fixiert ist und offene Klassenkämpfe zurzeit rar sind, ist eine Entwicklung hin zu einer linkssozialistischen Partei nicht völlig unmöglich, aber sehr, sehr unwahrscheinlich. Aber selbst unter Bedingungen klassenpolitischer Ebbe könnten revolutionäre SozialistInnen in der Linkspartei eine in ihrem Sinn „erfolgreiche“ entristische Arbeit machen, sich in Debatten einbringen, an der Basis Zeitungen verkaufen und heimlich Mitglieder gewinnen usw. – wenn sie es organisiert tun würden. Wer dagegen nur „wichtige“ Posten besetzt, dem wird irgendwann auch der eigene Organisationsansatz als überflüssig und „sektiererisch“ erscheinen. Zu bestreiten ist jedoch das fast schon religiöse Glaubensbekenntnis, *dass nur innerhalb der Linkspartei eine erfolgreiche Arbeit möglich ist.*

6. Außerparlamentarische Opposition

Selbst die revolutionären SozialistInnen in der Linkspartei betonen die Wichtigkeit der außerparlamentarischen Arbeit. Ob ihnen dazu neben allen internen Debatten und Wahlkämpfen die Zeit bleibt, ist ihr Problem. Der Aufbau der Gewerkschaftslinken wird kaum über die Linkspartei laufen, auch wenn eine Differenzierung in den Gewerkschaften nach Parteien, SPD und Linkspartei, ansatzweise eine neue Situation schafft. Soziale Bewegungen entstehen erst einmal unabhängig von Parteien, auch wenn sich viele ihrer AktivistInnen zur Linkspartei bekennen sollten. Den eigenen Schwerpunkt auf die außerparlamentarische Arbeit zu legen, müsste für revolutionäre SozialistInnen selbstverständlich sein, selbst wenn sie Mitglied der Linkspartei sind.

Eine außerparlamentarische Bewegung ist darüber hinaus die einzige Möglichkeit die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zu verändern. Über die Parlamente ist die neoliberale Offensive nicht zu stoppen.

Gerade die neue Diskussion der sozialen Frage sollte eine Ermutigung sein, antikapitalistischen Forderungen in der ArbeiterInnenklasse zu verbreiten. Über die Linkspartei wäre es überhaupt nicht möglich heute öffentlich für *gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde,*

Mindesteinkommen von monatlich 1500 Euro Brutto, ein Verbot von Entlassungen, die Enteignung von Betrieben, die Gewinne machen und gleichzeitig Arbeitsplätze vernichten, die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich unter definierten Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung bis alle Arbeit haben, Offenlegung der Firmenkonten und Geschäftsbücher, Enteignung der Vermögen der 756.000 Dollarmillionäre und gleiche Rechte für alle einzutreten. Wer offen für eine revolutionäre Politik eintreten will, kann dies nur außerhalb der Linkspartei tun.

Unabhängigkeit von verschiedenen Regierungsvarianten mit ihren unterschiedlichen Entwicklungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten stehen für uns die nächsten außerparlamentarischen Aktionen im Mittelpunkt: Der Vorschlag für eine große Mobilisierung im Frühjahr 2006, ähnlich der Demonstration in Berlin vom 1. November 2003, soll auf einem „APO-Kongress“ im November 2005 diskutiert werden. Diese Initiative wurde vom Sozialforum in Deutschland aufgegriffen, dass für den 19./20. November eine Aktions- und Strategiekonferenz durchführt. Der Vorschlag für den APO-Kongress bestätigt die politische Orientierung, die eine außerparlamentarische Opposition aufbauen will, um die Offensive des Kapitals zu brechen. Sorgen wir gemeinsam dafür – ob in oder außerhalb der Linkspartei –, dass die Mobilisierungen im Frühjahr diesem hohen Anspruch gerecht werden.

B. B. 21. August 2005

¹ Bis in die sozialistische Linke hinein wird dem Populismus eines Oskar Lafontaine stehend applaudiert. Geblendet durch seine Rhetorik, sein Charisma und seinen Umgang mit den Medien, ist sie nicht bereit, frontal den Rassismus dieses Demagogen anzugreifen. Wie könnte mensch seinen Ausschluss fordern, wo er doch die benötigten Wahlprozente einfahren soll?! Mit seinen linken wie rechten Parolen kommt Lafontaine erfahrungsgemäß in Teilen der Bevölkerung an. Nationalismus und Rassismus sind aber nicht erfolgreich zu bekämpfen, indem sie kopiert werden, sondern indem mensch sich ihnen mit einem internationalistischen Standpunkt entgegenstellt.

² Entrismus: Arbeit der eigenen Organisation innerhalb einer größeren reformistischen Partei, um dort Mitglieder für den revolutionären Sozialismus zu gewinnen. Siehe dazu auch den Kasten.

Was wir uns von der Linkspartei erwarten – und was nicht!



Ganz ohne Zweifel wurde die parteipolitische Landschaft mit der Wahlkandidatur der Linkspartei bedeutsam verändert. Zum ersten Mal wird auf Massenebene eine anti-neoliberale Stimme vernehmbar.

Die Frage, die sich uns allerdings stellt: Reicht der Anti-Neoliberalismus aus? Braucht es angesichts der schweren Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse, auf die Armen und Bedürftigen, auf Flüchtlinge und Minderheiten, nicht eine konsequente Politik im Interesse gerade dieser unterdrückten und ausgebeuteten Schichten? Ist der ausdrückliche Bezug aller programmatischen Aussagen der Linkspartei auf die Vereinbarkeit mit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, auf die Realisierbarkeit (die „Finanzierbarkeit“ durch den bürgerlichen Staat und ohne die Profite in Frage zu stellen) nicht gerade der entscheidende Wesenzug, der es dieser Formation *strukturell* unmöglich macht, konsequent Klasseninteressen zu vertreten?

Die Wunschträume mancher Linksradikaler

Nach den vielen Jahren der Defensive und der klassenpolitischen Niederlagen, nach so vielen Jahren der Zersetzung gewerkschaftlicher Kampfkraft und der politisch-ideologischen Integration der Gewerkschaftsführungen in die neoliberale Weltordnung wird – bei flüchtigem Hinschauen – jede Entstehung einer anti-neoliberalen Kraft wie ein Befreiungsschlag empfunden. Endlich kann mensch sich mal „massenwirksam“ betätigen, den Herrschenden „mal die Wahrheit sagen“ und den Massen eine „Alternative“ bieten.

Deswegen engagieren sich eine ganze Reihe von linksradikalen Organisationen und Individuen in dieser Partei. Zusammen dürften es einige hundert Menschen sein, die sich jetzt darum bemühen, aus der Linkspartei eine

16 Was wir von Linkspartei erwarten

LINKSPARTEI: KRITIK UND AKTIONSEINHEIT.

klassenkämpferische und konsequent sozialistische Kraft zu machen.

Aus zwei Gründen haben so manche unter ihnen von vornherein schon große Bauchschmerzen: Die Erfahrungen mit der PDS zeigen wie sehr die bestimmende Kraft in dem neuen Bündnis in das parlamentarische System integriert ist und gerade nicht in erster Linie eine außerparlamentarische Kampfpartei ist. Ihre parlamentarische Vertretung als eine „Ergänzung“ zu ihren außerparlamentarischen Aktivitäten zu begreifen hieße, sich selbst in die Tasche zu lügen. Gerade ihre Politik in den Landesregierungen bezeugt, dass sie im Machbarkeitsdenken bürgerlicher Politik befangen bleibt.

Zum zweiten steht die WASG in ihrer Gesamtheit (nicht an einzelnen Orten) noch weiter rechts als die PDS, was gerade mit ihrem so gefeierten Spitzenkandidaten Lafontaine überdeutlich wird. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch steht er für eine keynesianische Wahlalternative, eine Alternative zur Reformierung des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und eine Rückkehr zu den Mitteln bürgerlicher Politik, wie sie bis Mitte der 70er Jahre noch funktionierten. Um Arbeiterinteressen gegenüber der aggressiver gewordenen Politik des Kapitals zu vertreten, ist dies vollkommen untauglich.

Klassenpolitik!

Womit ist die ArbeiterInnenklasse tagtäglich konfrontiert? Es sind Werksschließungen; Verlagerungen; betriebliche Bündnisse für Arbeit, die auf Lohnsenkung und Arbeitszeitflexibilisierung hinauslaufen; Lohndrückerei; Billiglöhne; ungeschützte Beschäftigung, sinkende soziale Absicherung (ALG II, erhöhte Zuzahlungen); Massenerwerbslosigkeit auf Rekordniveau usw.

Wer hinter all dem nur das Ergebnis einer verfehlten Regierungspolitik sieht, hat entweder den Kapitalismus nicht begriffen oder verdrängt ganz bewusst die Einsicht, dass es zur Bekämpfung dieser Übel etwas anderes braucht als eine „bessere parlamentarische Vertretung“.

Wo steht die Linkspartei ganz praktisch, wenn es um die Ablehnung etwa aller Detailvereinbarungen zum letzten Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst geht? Wo steht die Linkspartei beim Kampf um die Arbeitsplätze bei Bosch-Siemens-Hausgeräte (Berlin) oder Alstom (Mannheim)

oder Siemens (Bocholt) usw.? Wird sie für die Enteignung dieser Betriebe eintreten? Wird sie zur Sanierung der Sozialversicherung und zur Abschaffung aller Zuzahlungen die Profite der Pharmaindustrie in Frage stellen, indem sie für die Vergesellschaftung des medizinisch-industriellen Komplexes eintritt? Wird sie vor allem der Massenerwerbslosigkeit dadurch begegnen wollen, dass sie sich aktiv und ohne jeden Vorbehalt für eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich einsetzt? Etwa in der Form: 30 Stunden für alle und zwar sofort und ohne Lohnverlust?

Ein solcher Kampf – und sei es vorerst nur auf der „Propagandaebene“ – würde gesellschaftliche Perspektiven weisen, steht aber leider im absoluten Gegensatz zur „Machbarkeitspolitik“ der Linkspartei.

Wie steht es schließlich um die Billiglöhne und um die menschwürdige Existenz derjenigen, für die das Kapital keine Verwendung hat? Selbst hier ist das Machbarkeitskonzept der Linkspartei – sprich ihre Sorge um die Finanzierbarkeit in diesem System – überdeutlich (s. Artikel in dieser Avanti) Ihr neuer Vorschlag läuft auf einen Stundenlohn von sage und schreibe 7,19 Euro hinaus!

Eigenständig agieren!

Uausgesprochen steckt hinter dem Konzept derjenigen radikalen Linken, die heute in der Linkspartei arbeiten, entweder ein Etappenkonzept, nachdem halt heute nicht mehr möglich ist. Oder dahinter steckt eine unbeschreibliche Selbstüberschätzung, die davon ausgeht, die paar hundert Linksradikalen könnten als Schwanz mit dem Hund (Gesamtpartei) wedeln und die Partei auf Kurs bringen. Das ist eine totale Verkennung der Machtverhältnisse in dieser bürokratisch von oben nach unten beherrschten und strukturierten Partei, in der v. a. der Apparat der PDS und an zweiter Stelle der Populist Lafontaine – gestützt auf die erfahrenen Gewerkschaftsfunktionäre der WASG – die Linie bestimmen. Da können in Zukunft noch so sehr Parteitagebeschlüsse an dem einen oder anderen Punkt „links“ ausfallen. Die medienwirksamen Auftritte und damit das tatsächliche Profil der Partei werden von den Promis beherrscht und die propagieren bestenfalls keynesianische Politik, aber nie und nimmer den Klassenkampf.

Wir nehmen mal einen Augenblick an, Lafontaine habe

seine Vergangenheit der 90er Jahre, als er ganz wesentlich zur Durchsetzung des Neoliberalismus in der SPD beitrug, wirklich hinter sich gelassen. Für populistische – im Zweifelsfall sogar rechtspopulistische – Ausfälle wird er auch in Zukunft allemal gut sein. Das hat er schließlich in diesem Sommer bewiesen.

Zur Änderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse kommt es nach marxistischer Erkenntnis auf die Selbsttätigkeit der ArbeiterInnenklasse an. Eine politisch-ideologische Unterstützung durch eine politische Partei ist nur dann wirklich hilfreich, wenn sie die Arbeiterinteressen an oberster Stelle setzt und wenn sie nicht in keynesianische Sackgassen weist.

Unter den gegebenen Umständen, unter denen zwar auch eine ganze Reihe von KollegInnen zum ersten Mal seit längerem mit Interesse die Entwicklung einer linken Partei verfolgen und sich auch mehrere hundert darin engagieren, bleibt die Wirkung der Linkspartei sehr *zweispältig*. Ihre Existenz und ihre Kritik an der Regierungspolitik regen an manchen Stellen bestimmte Diskussionen an, die sonst nicht stattgefunden hätten. So weit so gut. Aber reicht das als Argument, diese Partei aufzubauen, auf deren Profil und auf deren Kurs diese KollegInnen real keinen wirklichen Einfluss haben? An zu viele Stellen müssen klassenkämpferische KollegInnen (und erst recht RevolutionärInnen) eine andere Position vertreten als die Linkspartei (Mindestlohn, Enteignungen, Bekämpfung der bürokratischen Politik der Gewerkschaftsführungen usw.)

Deswegen ist das ungeschmälerte Eintreten für unsere eigenen Positionen angesagt. So manche Fehler im Aufbau einer unabhängigen Organisation (und damit das Verpassen der *wirklichen* Chancen) hat in den Reihen der IV. Internationale gerade auch die deutsche Sektion in den 50er und vor allem in den 60er Jahren gemacht. Der „Entrismus“ (also das Arbeiten in einer anderen Partei) wurde in der IV. Internationale inzwischen kritisch bilanziert. Im Kasten zitieren wir ein prominentes Führungsmitglied der IV. Internationale. Daniel Bensaïd ist Mitglied der LCR, der franz. Sektion der IV. Internationale, die rechtzeitig den Entrismus aufgegeben hat, und deswegen im Mai 68 eine bedeutsame Rolle spielen konnte. Die Tatsache, dass die LCR heute ein nicht zu übersehender Faktor in der französischen politischen Landschaft ist, ist ein Produkt jahrzehn-

DIE FRÜCHTE DES „ENTRISMUS“

„Die Wahl zwischen einer entristischen Politik und einer unabhängigen Organisation kann nur anhand der Frage entschieden werden: Wo spielt sich die Radikalisierung ab? Als uneinheitlicher Prozess, genährt von gesellschaftlichen Erfahrungen, nimmt die politische Bewusstseinsbildung immer unterschiedliche Wege: in der gewerkschaftlichen und sozialen Bewegung, in den großen traditionellen Parteien, in der Herausbildung neuer Phänomene und Formationen. Es gibt keinen einheitlichen Weg. Die Entscheidung muss danach getroffen werden, den Hebelpunkt zu finden, um die Massen in Bewegung zu setzen. Eine entristische Orientierung ist unter Bedingungen der Repression begrifflich oder wenn die hegemoniale Kontrolle reformistischer Apparate eine unabhängige Organisation zu einem propagandistischen vegetativen Leben verurteilt, das von einer sektiererischen Nekrose [Absterben von Teilen eines Organismus, D. Berger] bedroht wäre. Wenn die Situation offener ist und sich Räume für eine unabhängige Politik öffnen, gibt es im Entrismus mehr zu verlieren als zu gewinnen. Die revolutionäre Organisation selbst riskiert von dem Körper, von dem sie sich angeblich nährt, abhängig zu werden, und sich dessen Kultur anzupassen. Für die Mitglieder der Partei, in der der Entrismus praktiziert wird, schafft das ein Klima des Misstrauens, von Gerüchten und Illoyalitäten, die ebenso viele Hindernisse für Klarstellungen und mögliche zukünftige Annäherungen sind.“

Wir möchten hinzufügen, dass aus einer entristischen Praxis gewonnene Mitglieder oftmals die Tendenz haben, Mutanten zu werden. Einem doppelten Gesetz unterworfen, dem Newton'schen der Erdanziehungskraft und dem Darwin'schen der Anpassung an die Umwelt, assimilieren sie sich häufig an die Umgebung, die umzustürzen sie angetreten waren. Lionel Jospin in ein anschauliches Beispiel dafür.“

**Daniel Bensaïd „Was ist Trotzkismus?“,
 Neuer ISP-Verlag,
 Köln 2004, S. 82f**

18 Was wir von Linkspartei erwarten

LINKSPARTEI: KRITIK UND AKTIONSEINHEIT.

telanger Aufbauarbeit und eigenständiger Intervention in den Klassenkampf.

Was braucht es?

Statt „endlich mal“ in einer Massenpartei wirksam zu werden (und zwar ohne Rücksicht auf die Vertretbarkeit der Inhalte) sollten sich die Linken auf ihre eigenen Positionen besinnen. Sie sollten sich zusammentun und:

- breite Aktionseinheiten initiieren, die sich beispielsweise massiv für einen Kampf zur Durchsetzung eines akzeptablen Mindestlohns einsetzen. Alles was auf einen Lohn unter der Armutsgrenze (oder netto unter der "Pfändungsfreigrenze") hinausläuft, ist menschenunwürdig und kann sogar als Bezugsgröße für die Absenkung von Löhnen dienen;

- gemeinsam kämpfen mit allen Menschen – auch hier gerade mit den Mitgliedern der Linkspartei – für ein bedingungsloses Grundeinkommen;
- Solidarität organisieren mit Belegschaften, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen;
- eine offensive Tarifpolitik einfordern und dafür die KollegInnen mobilisieren: für hohe Lohnzuwächse, für Festgeldforderungen, gegen Arbeitszeitflexibilisierung usw.
- nicht zuletzt eine Kampagne starten für eine Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Daniel Berger, 20. August 2005





Der Schatten Oskar Lafontaines

Schneller als erwartet fällt Schatten auf den Aufbruch des „Linksbündnisses“ bzw. der „Linkspartei“ – der politische Schatten Oskar Lafontaines. Der ist wie spätestens jetzt allgemein bekannt sein dürfte, nicht rot sondern schwarz.

Seine Chemnitzer Rede richtete sich u.a. gegen „Schandgesetze“ und „Fremdarbeiter“. Denn nach Lafontaine werden „Familienväter und Frauen arbeitslos (...), weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“. Für Lafontaine sind also nicht die KapitalistInnen für die Arbeitslosigkeit und für Billiglöhne verantwortlich, sondern die „Fremdarbeiter“. Der ex-SPD-Vorsitzende mit Nazijargon wurde am 18. Juni 2005 auf dem Landespar-

teitag der Wahlalternative NRW mit 124:29 Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt. Vorher hatte er seinen Eintritt in die WASG verkündet. Auf dem Parteitag versuchte Lafontaine seinen Begriff „Fremdarbeiter“ mit Floskeln über Fremde als Freunde und Gäste zu entschuldigen (s. Kasten). Viel schwerer als seine Ausflüchte wiegt allerdings, wie solche Reden bei der Bevölkerung ankommen. In Chemnitz fand Lafontaine den Beifall von etwa der Hälfte der 2.500 Menschen, die zusammenströmten, um ihn zu hören. Dort gelang ist ihm, das Gift des Rassismus zu verbreiten. Bei manch anderen örtlichen Bündnissen und Aktionsgruppen hätte er nach solchen Äußerungen seine Rede abbrechen müssen. Eine Wahlalternative, die meint, eine sozialistische Perspektive sei „nicht aktuell“, braucht sich über „aktuellere“ Vorschläge a la Lafontaine nicht zu wundern.

Populist Lafontaine und die „Linkspartei“

Ohne Halt an einer festen sozialistischen Überzeugung, getrieben von persönlichem Ehrgeiz und verletzter Eitelkeit, drückt das Schwanken zwischen Links- und Rechtspopulismus das Unberechenbare an der Person Lafontaines aus. Eine gute linke Rede versucht die Massen nicht nur anzustacheln, sondern auch auf eine höhere Stufe des Bewusstseins zu heben. Lafontaine ist nur ein Demagoge, der mal seine

neo-, mal seine sozialliberalen „Zehn-Punkte-Programme“ variiert. Er redet dem „Volk“ nach dem Maul und dessen Vorurteile fließen in seine Reden ein. Dabei ist Lafontaine immer für eine rhetorische Explosion gut – manchmal auch im eigenen Lager. Dieser Mann repräsentiert weniger die mächtige Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie, als die Allgegenwart der Bild-Zeitung.

In dem neuen Wahlbündnis bzw. der zukünftigen „Linkspartei“ werden die bisher bereits existierenden Strömungen aufgehen: – die äußerst gemäßigte sozialistisch-reformistische Mehrheit der PDS in Ostdeutschland, die den Parteiapparat beherrscht und deren Spitzen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bereits zum Neoliberalismus übergehen; – eine Mehrheit der WASG, die von einer Schicht von GewerkschaftsbürokratInnen beherrscht wird und sogar eine vage sozialistische Perspektive ablehnt; – eine kleine Minderheit von LinkssozialistInnen in Westdeutschland, die die neue Formation bisher weder als „Arbeiterpartei“ noch als „antikapitalistisch“ ansieht, aber guter Hoffnung sind, sie zu einer solchen zu machen.

Mit Lafontaine wird sich das Spektrum des neuen Linksbündnisses bzw. der neuen „Linkspartei“ um eine populistische Strömung, die sowohl links- wie rechtspopulistische Elemente vertritt, erweitern (bzw. sie ist in der WASG bereits vorhanden). Für diese Richtung ist in der neuen Partei der meiste Zulauf zu erwarten.

Politische Lage & „Linkspartei“

Verlorene Kämpfe wie 2003 der ostdeutsche Metallstreik, die Welle der Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung in westdeutschen Betrieben seit 2004 (Siemens, DaimlerChrysler) und die vergeblichen Proteste auf der Straße gegen Hartz IV lassen viele auf eine parlamentarische Alternative hoffen. Wer als Arbeiter und Angestellte die Offensive des Kapitals nicht selber stoppen konnte, setzt seine Hoffnungen auf die neue „Linkspartei“, die das im Parlament tun soll. Und sicherlich wird die gemeinsame Liste mit Lafontaine und Gysi in alle Parlamente einziehen.

Das Entstehen der „Linkspartei“ ist Ausdruck einer Glaubwürdigkeitskrise des Neoliberalismus, aber nicht Ausdruck einer Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse. Sicherlich ist es angenehmer, wenn zukünftig statt 99% nur noch 90% marktradikaler Einheitsbrei von PolitikerInnen

und Medien zu hören ist. Aber an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ändert das nichts. Die neoliberale Offensive von Regierung & Kapital kann nur gemeinsam durch die breite Mobilisierung der ArbeiterInnen und Angestellten gestoppt werden. Der Zusammenhang von verlorenen Kämpfen und parlamentarischen Hoffnungen bestärkt nicht gerade die Annahme, dass die parlamentarische (Schein)option neue außerparlamentarische Kämpfe anregen werden. Im Gegenteil. Wenn die offenen Klassenkämpfe fehlen, können die vielen Pöstchen, Gelder und das „öffentliche Interesse“ nur zur Integration auch von systemoppositionellen Kräften in den Parlamentarismus und den bürgerlichen Staat führen.

Verwirrende Gemengelage

Der Fall Lafontaine zeigt, dass die Gemengelage zur Bildung der neuen „Linkspartei“ alles andere als klar und tatsächlich antikapitalistisch ist. In Ostdeutschland will sich die *Kommunistische Plattform* (KPF) innerhalb der PDS *nicht* mit der Wahlalternative vereinigen, weil damit die Identität der PDS einschließlich der sozialistische Perspektive verloren gehe. Dabei ist sich die KPF nicht zu schade, auch die Kritik an eben dieser – von ihr selbst kritisierten Regierungsbeteiligung – zu bemängeln. Die KPF über die WASG: „(...) wir sind die letzten, die kein Verständnis für deren Kritik an der Rolle der PDS in rot-roten Landeskoalitionen hätten. Allerdings: Die WASG hat sich nicht zuletzt auch dadurch profiliert (...), daß sie vor allem die Berliner PDS dafür angegriffen hat“. Wenn es letztendlich zum Schwur kommt, „in die `Linkspartei` zu gehen oder nicht“, dann wird die KPF um Sarah Wagenknecht tun, was sie immer getan hat, nämlich der jeweiligen Parteiführung folgen.

In Westdeutschland sammelt die SAV in der WASG Unterschriften, um die undemokratische Vereinigung mit der PDS zu kritisieren. Wer sich die Liste ansieht, wird feststellen, dass sogar WASG-Mitglieder aus antikommunistischen Motiven einen Mangel an Demokratie empfinden können. Kommentare von Unterschreibenden wie „Für mich sind beide Parteien unfähig konstruktive Systemkritik zu leisten. Für Deutschland sehe ich in der Zukunft Schwarz!“ Und: „Das ist ein von langer Hand vorbereiteter schmutziger Betrug an den Hoffnungen von Millionen Deutschen auf...“ sprechen wohl kaum für die Unterschriftensammlung. Am

Punkt Demokratie trifft sich in der WASG ein Teil der linken mit einem Teil der rechten Kritik. Letzterer bietet sich Oskar Lafontaine mit seinen „fremden“ Tönen als integratives Element an.

Parlamentarische Zwangsvereinigung

Warum kann das Linksbündnis nicht in Ruhe von Sieg zu Sieg bei den kommenden Landtags- und Kommunalwahlen eilen, um dann erst 2009 in den Bundestag einzuziehen? „Zu spät!“, ruft der Chor der EntscheidungsträgerInnen und zukünftigen Bundestagsabgeordneten. Allein dass die Bundestagswahl als Argument für die Vereinigung herhalten muss, beweist den durch und durch parlamentarischen Charakter der neuen Formation. Zurück bleibt eine innerparteiliche Demokratie, die zwar auf dem Papier steht, die es aber tatsächlich nie gegeben hat. Die parlamentarische Zwangsvereinigung der beiden Parteien im Hitparadenschnelldurchgang wird nur möglich durch die Vorherrschaft bürokratischer Strukturen sowohl in der PDS wie in der WASG. Warum soll auch ausgerechnet in der BRD bei den hiesigen unterentwickelten Klassenauseinandersetzungen eine „Linkspartei“ entstehen, die zwar nicht einmal sozialistisch, aber dafür wenigstens **demokratisch** ist?

SozialistInnen in WASG: Ohne Wahl, ohne Alternative

Tatsächlich ist die sozialistische Linke innerhalb der WASG ohne Alternative. Die einen, die ihre Hoffnungen nichts so schnell begraben wollen, wie Lafontaine reden kann, meutern, aber machen weiter. Wer nach wie vor die große Linksentwicklung zu einer „Linkspartei“ (die Zeitschrift *Sozialismus* spricht von „Neugründung der Linken“) erwartet, hat keine andere Wahl, als auf diesen Prozess zu hoffen.

Wer dagegen überraschend vor der Vereinigung mit der PDS steht, kann austreten um gegenüber der „Linkspartei“ ... sich selbst wie die MLPD als „sozialistische Alternative“ anzubieten?

Die einzige unsektiererische Perspektive besteht nicht in der Proklamation des eigenen Parteiladens gegenüber der „Linkspartei“, sondern in der Konzentration auf den Aufbau des Widerstandes in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hin zu einer außerparlamentarischen Opposition. Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der ganzen Linken, auch derjenigen, die hoffentlich das Projekt „Linkspartei“ politisch überleben werden.

B.B., 19.Juni 2005

RASSISMUS ALS KAPITALISMUSKRITIK?

Oskar Lafontaine auf einer Demonstration am 14.6.2005 gegen Hartz IV in Chemnitz:

„Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“ (FR 17.6.2005).

In seiner Rede auf dem Landesparteitag der WASG-NRW am 18.6.2005 in Köln korrigierte sich Lafontaine:

„Zu meinem Begriff des ‚Fremdarbeiters‘. Ich sehe Fremde eher im Sinne der griechischen Sprache. Dort heißt Fremder auch Freund und Gast. Ich will diesen Begriff in keinem Zusammenhang mit den Nationalsozialisten verstanden wissen“ (Homepage WASG NRW).

Mit dieser „Korrektur“ würde nun die nach Oskar Lafontaine richtige Aussage lauten:

„Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil *Freunde und Gäste* ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“.

Der „verbesserte“ Spruch ist nicht weniger rassistisch als der vorher verwendete Begriff „Fremdarbeiter“. Von den bürgerlichen PolitikerInnen und Medien wird fast nur Lafontaines Wortwahl kritisiert, nicht aber der Inhalt seiner Aussage. Bereits früher hatte sich Lafontaine gegen die Einwanderung von Russlanddeutschen ausgesprochen oder für Auffanglager für Asylsuchende in Nordafrika.

B.B., 19.Juni 2005

Der Fahrplan



Wie die Herausbildung einer neuen Linkspartei tatsächlich zustande kam, werden zukünftig die HistorikerInnen klären. Ein Szenario wie sie stattgefunden haben könnte:

- Nach dem Rücktritt als SPD-Parteivorsitzender einigen sich Oskar Lafontaine und Gregor Gysi (und ihre BeraterInnen), dass eine neue Partei links von der neoliberalen SPD aufgebaut werden muss. Die kann glaubhaft nur aus einer Vereinigung von SPD und PDS-Traditionen entstehen.
- Dafür muss erst einmal in Westdeutschland eine Vereinigungskomponente aufgebaut werden. Die Initiative übernehmen Joachim Bischof und die Zeitung Sozialismus, die dafür Teile des linken Flügels der Gewerkschaftsbürokratie gewinnen.
- Die gründen ASG und Wahlalternative, die sich zur sozialliberalen WASG zusammenschließen. Aus dem Projekt darf auf keinen Fall eine sozialistische Partei entstehen, da das den Zusammenschluss mit der PDS gefährden könnte.
- Die sozialistische Linke setzt in NRW die Wahlbeteiligung der WASG durch. Mit dem mageren Ergebnis bei der Landtagswahl erfahren WASG- und PDS-Mitgliedern hautnah, dass beide Parteien sich bei einer Bundestagswahl gegenseitig die Stimmen wegnehmen würden.
- Oskar Lafontaine erklärt sich bereit, an die Spitze eines Bündnisses von WASG und PDS zu den Bundestagswahlen zu treten. Das .Linksbündnis mit Gysi und Lafontaine hat alle Aussichten auf .parlamentarischen Erfolg.
- Nach dem erfolgreichen Einzug in den Bundestag wird aus dem Linksbündnis eine parlamentarische .Linkspartei.

Bestellbare Hefte der Reihe „Internationale Theorie“

- Heft 2..... Mai '68 in Frankreich
- Heft 5..... Lenin und das Problem des proletarischen
Klassenbewusstseins
- Heft 7..... Faschismus heute
- Heft 8..... Faschismus 2 - Theorien über den
Faschismus
- Heft 10.... Die Stellung des Marxismus in der
Geschichte
- Heft 11.... Freies Kurdistan
- Heft 12.... Israel - Palästina
- Heft 15.... Sozialismus oder? - Das Manifest der
Vierten Internationalen
- Heft 16.... Harte Zeiten erfordern starke
Gewerkschaften
- Heft 18.... Che Guevara
- Heft 20.... Im Herzen der Bestie. Zur Theorie und
Praxis der Stadtguerilla. Teil 2: Brigade
Rosse in Italien
- Heft 21.... Intelligenz und Klassenkampf
- Heft 22.... 1968: Die unvollendete Revolution
- Heft 24.... Wer hat die Macht in Euroland? Die EU –
ein antidemokratisches Projekt
- Heft 26.... Arbeiterkontrolle der Produktion
- Heft 27.... Die IV. Internationale und der Krieg
- Heft 28.... 10 Jahre RSB:Widerstand statt Anpassung
- Heft 29.... Warum wir den Sozialismus wollen

**Die Bestelladresse befindet sich im Impressum auf
Seite 2. Die Hefte können auch über den örtlichen
RSB bezogen werden.**

Oskar Lafontaine als Wegbereiter des Neoliberalismus



Bereits 1988 forderte Lafontaine längere Maschinenlaufzeiten und die Einführung von Samstags- und Sonntagsarbeit. 1993 sprach er sich für den langsameren Anstieg der Löhne und Gehälter der ostdeutschen Beschäftigten aus.

Am 21.11.1995 verkündete Lafontaine in der BILD-Zeitung ein 10-Punkte-Programm der SPD:

1. Neue Produkte und Herstellungsverfahren zur Stärkung der deutschen Wirtschaft.
2. Massive Senkung der Lohnnebenkosten.
3. Verlängerung der Maschinenlaufzeiten bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung.
4. Überstunden in Freizeitausgleich über Arbeitszeitkonten.
5. Gleiche Arbeitszeit in Ost- wie in Westdeutschland.
6. Nacht-, Schicht- und Wochenendzuschläge in Freizeitausgleich.
7. Differenzierte Tarifbestimmungen innerhalb der Flächentarifverträge.
8. Für jeden einen Ausbildungsplatz.

9. Lohnkostenzuschüsse bei Einstellungen von Langzeitarbeitslosen.

10. Stabile Wechselkurse und fairen Welthandel.

Lafontaines Programm war nicht neu. Es war mit großer Mehrheit auf dem Mannheimer Parteitag der SPD, wo er sich als SPD-Vorsitzender gegen Scharping durchsetzte, beschlossen worden. Es enthielt neoliberale Kernforderungen wie die Senkung der Lohnnebenkosten. Dieses 10-Punkte-Programm der SPD wollte den „Standort Deutschland“, d.h. das Kapital, auf dem Rücken der Beschäftigten sanieren. Es versprach den Unternehmern Subventionen. Es wollte der ArbeiterInnenklasse einen Teil ihres Lohnes nehmen und die Arbeitsbedingungen durch Flexibilisierung verschlechtern.

Wie Lafontaine Schröder zum Kanzlerkandidaten machte

Was Oskar Lafontaine von (innerparteilicher) „Demokratie“ hält, zeigte er als Parteivorsitzender. Lafontaine schrieb selbst: „Am Donnerstag vor der Landtagswahl traf ich mich nach einer gemeinsamen Wahlkundgebung in Braunschweig mit Gerhard Schröder im Restaurant »Ritter St. Georg«. Ich hatte das Gefühl, daß ich ihm nun Gewißheit geben musste und die Entscheidung nicht mehr länger aufschieben konnte. Sein 2-Prozent-Kriterium schob ich beiseite. Ich sagte ihm: »Wenn du das Wahlergebnis der letzten Niedersachsen-Wahl erreichst oder zulegst, bist du der Kandidat, wenn nicht, entscheidet die Partei.« Das hätte bedeutet, dass ich Kanzlerkandidat geworden wäre. Mir war aber an diesem Abend klar, dass ich ihm die Kanzlerkandidatur überlassen hatte. Bundesweit wurde die SPD seit Monaten in den Meinungsumfragen zwischen 40 und 42. Prozent gehandelt. Niedersachsen wählte immer über dem Bundesdurchschnitt, und Gerhard Schröder hatte sicherlich einen persönlichen Bonus. Wir besiegelten die Absprache mit einem Schnaps und versprachen uns in die Hand, alle wichtigen Entscheidungen künftig gemeinsam zu treffen“ (Oskar Lafontaine, *Das Herz schlägt links*, München, 1999, S. 90). Herr Lafontaine findet genauso wenig etwas dabei, den Kanzlerkandidaten mit Gerhard Schröder am Tresen auszuhandeln, wie Frau Merkel ihre Abmachung mit Herrn Stoiber über dessen Kandidatur beim gemeinsa-

men Frühstück traf. Und so jemanden möchte der Vorstand der Wahlalternative als Galionsfigur? Der Steigbügelhalter Schröders soll der neue Hoffnungsträger der WASG werden?

Wie Lafontaine die SPD in eine neoliberale Partei verwandelte

Am 10.9.97 arbeitete der SPD-Wirtschaftsrat, ein Gremium von 30 Topmanagern der Wirtschaft, unter Gerhard Schröders Leitung in Dresden einen Leit Antrag für eine neue Wirtschaftspolitik aus. Am 14.9.97 nahm der SPD-Parteivorstand mit nur drei Gegenstimmen bei 42 Ja-Stimmen den Antrag an. SPD-Chef Oskar Lafontaine erklärte, dass die SPD-Spitze Schröders Thesen unterstützte, schrieb das *Handelsblatt* vom 16.9.97. Am 4.12.1997 verabschiedete der Hannoveraner Parteitag der SPD mit Lafontaines Unterstützung die neoliberalen Wirtschaftsthesen Schröders mit großer Mehrheit. Von der Spitze der Partei wurde die neoliberale Politik in der SPD von oben nach unten durchgesetzt. Die SPD wurde unter Oskar Lafontaine von einer sozialliberalen zu einer neoliberalen Partei.

Eine außerparlamentarische Opposition aufbauen!

Mit Lafontaine wird eine sozialliberale Wahlalternative (gemeinsam mit Gysi und der PDS?) sicherlich in alle Parlamente kommen. Ob dies allerdings bei einer so kurzfristig angesetzten Bundestagswahl der Fall sein kann, ist eher zu bezweifeln. Was wäre mit einem Parlamenteinzug gewonnen außer Posten für Karrieristen? Die neoliberale Offensive kann nur durch eine Einheitsfront von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der sozialistischen Linken gestoppt werden.

B. B. 24. Mai 2005



Die sozialistische Linke und die Wahlalternative

Der Bundesvorstand der Wahlalternative versucht die sozialistische Linke von Anfang an zu disziplinieren. Aber was sucht die sozialistische Linke in der Wahlalternative?

Nach Gründung der Grünen Partei 1980 spalteten sich einige sozialistische Organisationen, deren Minderheiten in die neue Partei eintraten. Der Schock über ihren Zersetzungsprozess saß in der Restlinken so tief, dass Anfang der 90er Jahre in Westdeutschland nur linke Einzelpersonen wie Winfried Wolf in der PDS ihr Glück versuchten. Im Gegensatz zu damals arbeiten heute in der WASG ganze Organisationen aus dem trotzkistischen Spektrum mit – mit Ausnahme des RSB.

Wahlalternative und „Reformismus“

An der Anziehungskraft der Inhalte der WASG kann der „Entrismus“ von SAV, Linksruck, isl und GAM nicht liegen, denn die Wahlalternative steht heute programmatisch weit rechts von der ursprünglichen Grünen Partei und der PDS in ihren Anfängen. Sicherlich hat jede der trotzkistischen

Gruppen ihre eigenen Motive, doch ermöglicht eine ähnliche Grundhaltung zum „Reformismus“ den Eintritt in die WASG.

Obwohl nicht ausdrücklich erklärt, eint Linksruck, SAV, isl und GAM ein Verständnis von Reformismus, das diesen Begriff inflationär auf SPD, PDS, gelegentlich sogar auf Gewerkschaften anwendet und damit von seinem eigentlichen Inhalt als „sozialistisches Ziel über den Weg der Reformen“ loslöst. Verbunden sind die Illusionen über die Stärke des „Reformismus“ mit der Hoffnung auf einen „Differenzierungsprozess“ in der ArbeiterInnenklasse, für den dann unterschiedliche parteipolitische Optionen in der Gewerkschaftsbürokratie oder Ablösungsprozesse von der SPD erhalten müssen.

Taucht dann mit der Wahlalternative eine Organisation auf, die „links“ von der neoliberalen SPD steht, so entdecken die genannten Organisationen „eine historische

Chance zum Aufbau einer Partei ... von Zehntausenden ... mit einem riesigen WählerInnen-Potenzial und ... der Möglichkeit, 2006 in den Bundestag einzuziehen“ (SAV), ein „politisches Erdbeben“ zur Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links, mit der eine neue Ära in der deutschen Linken anbreche (Linksruck), die rasante Bildung einer echten Linkspartei (isl) oder die Chance zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, die eine wirkliche Alternative zu SPD und PDS darstelle (GAM). Dabei ist mit dem Übergang der sozialliberalen SPD zum Neoliberalismus ab Mitte der 90er Jahre einfach nur der gesellschaftliche Platz für eine sozialliberale Partei frei geworden. Den zu besetzen bemühen sich die rechtsreformistische PDS und die sozialliberale WASG zurzeit noch getrennt, vielleicht aber bald – nach der NRW-Wahl – gemeinsam.

Unterschiedliche Taktiken

Es spricht sicherlich nicht für hiesige trotzkistische Organisationen, wenn sie z.B. die Regierungsbeteiligung der Mehrheit der Sektion der Vierte Internationale in Brasilien kritisieren, um ... im eigenen Land in die bürgerliche Partei WASG einzutreten. Dort wird dann je nach Taktik der komplette, der nicht ganz vollständige oder der abgespeckte Forderungskatalog präsentiert. Er reicht von einem „konsensfähigen Reformprogramm“ (Linksruck) über ein „sozialistisches Programm“ (SAV) bis hin zur Verteidigung der Schaffung von Arbeitermilizen (GAM) ... um die Neuaufgabe der 70er-Jahre-SPD zu einer „Linkspartei“ oder einer „Arbeiterpartei“ zu machen. Dabei müssen Widersprüche auftauchen:

- Während Linksruck, SAV und isl den außerparlamentarischen Kampf proklamieren, sehen sie es als großen Erfolg an, gegenüber dem WASG-Bundesvorstand die Beteiligung an den Landtagswahlen in NRW durchgesetzt zu haben.
- Die SAV appelliert an die hauptamtlichen GewerkschafterInnen in der WASG, sie sollten Teil der innergewerkschaftlichen Opposition werden und bundesweite Streiks organisieren. Doch genießt die Wahlalternative nicht nur die klammheimliche Sympathie von Peters und Bsirske, weil sie der SPD Wahldruck macht, sondern auch die Kritik und Energie der klassenbewussten Gewerk-

schaftsaktivistInnen auf parlamentarische Gleise lenkt.

- Zwar haben die beteiligten trotzkistischen Organisationen oft genug wiederholt, dass der Aufbau einer sozialistischen Partei oder antikapitalistischen Kraft eine breite gesellschaftliche Bewegung des Protestes und der Kämpfe gegen den neoliberalen Kapitalismus benötigt – versuchen nun aber ohne den Rückenwind breiten gesellschaftlichen Widerstands als Arzt am Bett des Sozialliberalismus die WASG nach links zu drängen.
- Auch halten die Beteiligten eine Einheitsfront der Gewerkschaften, der sozialen und globalisierungskritischen Bewegung und der Linken gegen die neoliberale Offensive des Kapitals für notwendig. Doch um diese herzustellen, setzen sie mit der Partei WASG nicht nur am kürzesten, sondern auch am politisch falschen Hebel an.
- So wie sie in der WASG auftreten, wünschen sich die TrotzkiInnen den Erfolg der neuen Partei. Doch je mehr „Erfolg“ die Wahlalternative haben wird, desto mehr wird sie sich parlamentarisieren, desto höher wird der Anpassungsdruck auf die Linke wirken und desto weniger Spielraum wird dort der „harten“ revolutionären Linken bleiben.

Druck von oben

Mit seiner Kampagne gegen die SAV ist offensichtlich, dass der Bundesvorstand der WASG die Bildung eines linkssozialistischen Flügels verhindern will. Dass die SAV dem Bundesvorstand dafür manche Vorwände liefert, z.B. eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik propagiert und dafür einen von den Medien erkorenen „Streikführer“ von Opel aus der erzsozialpartnerschaftlichen Gruppe um den früheren Betriebsratsvorsitzenden Jaszczyk präsentiert, wird ihr niemand als Plus anrechnen. Wenn wir von außen die Rechte der SAV in der WASG verteidigen, sollten wir dabei nicht vergessen, dass die Mitarbeit von revolutionären Organisationen in einer bürgerlichen Partei selbst eine Quelle der Zersetzung sozialistischen Bewusstseins ist.

B.B. 18.März 2005



Die Wahlalternative... oder das Ende der Klasse?

Prinzipielle Kritik ist in der Linken selten geworden, aber die Positionierung der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (ASG) und die damit verbundenen Enttäuschungen und Illusionen setzen eine solche Kritik auf die Tagesordnung.

Zum Kern der ASG gehören alternative Wirtschaftswissenschaftler und Redakteure der Zeitschrift Sozialismus, dem Leib-und-Magen-Organ linker Gewerkschaftsbürokraten. Besagte Zeitschrift um J. Bischof und den VSA-Verlag verstehen sich aber seit Jahrzehnten als Gralhüter der Klassenanalyse (s. Bischof u. a. Jenseits der Klassen?, S. 209, Vom Nutzen der Klassentheorie, 1982). Im Programmtext taucht die kapitalistische Wirtschaftsordnung

erst auf Seite 17 auf! Nun gilt es als Binsenweisheit unter Linken, dass die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Seien es die Sklavenrevolten der Antike, die Bauernaufstände im klassischen Orient, die Kämpfe zwischen Adel und Bürgertum, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, usw., usw. Mit schönster Regelmäßigkeit findet in der Geschichte der „Krieg der Klassen“ (Jack London) statt.

Könnte mensch zur Zeit des sozialen Wirtschaftswunders auf ein Ende dieser Kämpfe hoffen, dann ist es Ausdruck eines tiefen politischen Opportunismus im dritten Jahrzehnt des Neoliberalismus, der nichts anderes ist als ein Klassenkampf von oben, die Existenz von Klassen zu bagatellisieren oder ganz zu negieren. Das befestigt nur die bürgerliche Herrschaft! Es sollen letztlich die „Lebensbedingungen der Menschen positiv beeinflusst werden“ (FR 24. I.05) Wie? Wahrscheinlich verbilligte Kinobesuche für die Hartz IV-Opfer oder kostenlose Kinderwindeln für alle allein erziehenden Mütter.

Der Staat – das klassenneutrale Wesen?

It's the same old story – wie hältst Du es mit dem Staat? Der bürgerlichen Ideologie zufolge sind „wir alle“ der Staat. Dazu passt dann ein als Patriotismus geschönter Nationalismus, der dann „den Standort Deutschland“ und

„unsere Interessen am Hindukusch“ verteidigt. Bekanntlich ist der Staat aber dazu da, die Produktionsverhältnisse und die Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten. Dazu erfüllt er seine Hauptfunktionen, repressiver, technischer und integrierender Art (Ideologie).

Nachzulesen ist dies unter anderem in den Texten von Gramsci oder Lukacs, die ganz ohne Zweifel auch der Redaktion von Sozialismus bekannt sind. Im Spätkapitalismus ist dies von einer Tendenz zum starken Staat begleitet, der im Übrigen das Parlament zu Gunsten der Staatsverwaltung entmachtet. Die zunehmende innere Aufrüstung, für die Otto Schily persönlich steht, und die Militarisierung der Außenpolitik sind hier sinnlich erfahrbare Elemente bürgerlicher Herrschaft.

Klassen- und Staatstheorie als Ausdruck der gesellschaftlichen Analyse mit Blick auf eine illusionäre Regierungsbeteiligung zu negieren, scheint eine sehr beruhigende Wirkung auf das Bewusstsein der führenden Mitglieder der ASGW haben.

Das Parlament – Ort der Veränderung?

Es war einmal eine Binsenweisheit, dass die „unlösbare ideologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Kritik den Staatsapparat mit der Bourgeoisie verbindet“ (Ernest Mandel). Der Parlamentarismus ist gegenüber anderen Regimes ein historischer Fortschritt, aber die politische Gleichheit ist rein formal, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit existiert weiter. Und dieses Parlament besteht zu 98 - 99% aus Neoliberalen, die keineswegs mit der ASG ins goldene Zeitalter des Sozialliberalismus zurückkehren wollen.

Hier werden die Pflöcke nur dann neu eingeschlagen, wenn eine starke außerparlamentarische Bewegung insbesondere in den Verwaltungen und Betrieben besteht.

Aufgrund ihrer Gesamtanalyse ist es schon vorgegeben, dass die ASG-VordenkerInnen, einmal in Amt und Würden, den Weg von Schröder und Fischer beschreiten werden.

ASG – Weg in die Sackgasse

Es ist an sich begrüßenswert, wenn sich Tausende Menschen aus sozialer Empörung engagieren, aber die Ausgangspositionen dieses Projekts lassen ein Scheitern vermuten. Die „verlorenen Illusionen“ (Balzac) führen zur Demoralisierung und zur Resignation vieler Menschen. Verantwortliche Politik kann das nicht tolerieren. Man denke nur an die Erfahrungen mit den Demokratischen Sozialisten (Coppik, Hansen) Anfang der 80er Jahre. Dies wurde als Niederlage für die gesamte Linke interpretiert, sehr zur Freude „des herrschenden Blocks an der Macht“ (wie Gramsci so etwas in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts bezeichnete).

Jede außerparlamentarische Opposition, die die Selbsttätigkeit der Arbeiterinnenklasse fördert, bereitet der Bourgeoisie mehr Kopfzerbrechen. Der RSB wird sich der kritischen Zusammenarbeit mit der ASG nicht verschließen. Aber ein neues linkes Projekt wird nur in jahrelanger, kontinuierlicher Kleinarbeit realisiert werden. Und vor allem von Menschen die nicht auf Macht, Karriere und Geld aus sind, sondern auf emanzipatorische Praxis in konkreten Kämpfen.

Walter H. 17. Februar 2005



RSB/IV.Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte

und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter.

Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Diese beiden würden Dir abraten



Die marxistische Monatszeitung

Jetzt kostenloses Probeabo anfordern!

www.rsb4.de/abo

avanti@rsb4.de

Landungenstr. 8, 68159 Mannheim

3 Ausgaben. Keine automatische Verlängerung.

Was ist los im Betrieb, in der Gewerkschaft und auf der Straße? Berichte dazu, Analysen und noch mehr liest Du in der Avanti! Im Zentrum der Avanti steht die weltweite Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Regierungen.

Go **get** organized!

Bitte senden an:

**RSB/IV.Internationale, Landzungenstraße 8,
68159 Mannheim**

Ich möchte:

- ein kostenloses Info-Paket bestellen.
- ein persönliches Gespräch mit dem RSB in meiner Nähe.
- ein Abo der Avanti bestellen für:
 - 3 Ausgaben (kostenlos)
 - halbes Jahr (13 Euro)
 - ganzes Jahr (25 Euro)
 - Förderabo über ____ Euro (mind. 30 Euro)
 - monatlich ____ Euro an den RSB spenden.

Vorname, Name

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Datum, Unterschrift

Ich überweise das Geld auf das Konto: **“Avanti”, 544 904 901, Volksbank Hameln, BLZ 254 621 60** Verwendungszweck nicht vergessen!

Das faktische Zusammengehen von PDS und WASG wie auch der Einzug der *Linkspartei.PDS* in den Bundestag haben ohne jeden Zweifel die parteipolitische Landschaft in der BRD grundlegend verändert.

Vor allem die Diskussionen über Hartz IV und über die Reformen, die alle etablierten Parteien für so unabdingbar halten, sind erneut aufgebrochen. Erstmals seit vielen Jahren wird auch von einem nennenswerten Teil der Bevölkerung über Alternativen zum Neoliberalismus nachgedacht.

Für uns als revolutionäre SozialistInnen ist es in jedem Fall erfreulich, wenn im Rahmen dieser neu aufbrechenden Diskussionen, der Informationen und Argumente, die von der Linkspartei jetzt massiver verbreitet werden können, linkes Gedankengut in breiteren Kreisen bekannt wird.

Auf der anderen Seite sehen wir auch, wie mit der Verbreitung der Positionen der Linkspartei so manche Illusion in die Vereinbarkeit von Arbeiterinteressen und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems einhergeht. Gerade die Vorstellung, über die Parlamente Grundlegendes verändern zu können, erscheint uns im Lichte der Geschichte und aller Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung als Irrglaube.